

## Der Uebergang zur Friedenswirtschaft im Getreideverkehr.

Budapest, 26. Januar.

In unseren früheren Erörterungen haben wir dargelegt, warum eine Aufrechterhaltung des Getreidemonopols nach dem Kriege kaum tunlich wäre. Sowohl die Psychologie unserer Landwirte, wie die berufliche Schichtung unserer Bevölkerung lassen es als schwer möglich erscheinen, daß eine Monopolisierung im Frieden überhaupt durchgeführt werde und auch daß sie in Falle der Durchführung den erwarteten finanziellen Effekt für unseren Fiskus haben könnte. Dabei haben wir davon abgesehen, daß unsere während des Krieges gemachten Erfahrungen zeigen, wie schwer eine klaglose Durchführung der Versorgung der Bevölkerung auch bei weitestgehender Anwendung unbeschränktester staatlicher Allmacht von einer Zentralstelle aus zu erreichen ist, was auch Herr Unterstaatssekretär Michaelis anerkannt hat. Diese schwerwiegenden Gründe sind innerer Art. Wir haben aber für unsere Auffassung auch noch ein anderes Motiv, das über unsere Grenzen hinaus wirkt und an die Möglichkeit einer Verwirklichung des Monopolgedankens nach dem Kriege kaum glauben läßt.

Nach allem, was bisher den Inhalt unserer Diskussionen über die wirtschaftliche Gestaltung nach dem Kriege ausmachte, wird die Pflege unserer Beziehungen zu den Balkanländern einen der Grundpfeiler unserer Handelspolitik bilden. Im Warenaustausch mit den Balkanstaaten spielt aber der Getreidebezug die erste und ausschlaggebende Rolle. Selbstverständlich ist es nicht denkbar, einerseits die Balkanstaaten durch Konzessionen wirtschaftlich an uns zu binden und andererseits diesen Konzessionen den Wert zu benehmen, indem man die Einfuhr des hauptsächlichsten Ausführartikels dieser Länder bei uns einem Monopol unterwirft. Denn damit könnte man, selbst wenn unsere Preise über Weltparität sind und bleiben, nur zweierlei erzielen: entweder man diktiert den Balkanstaaten die Preise, die wir im Sinne unseres Monopolgedankens zu gewähren geneigt sind, und riskiert dabei Retrimationen und Verärgerungen unliebsamer Art, oder man bewilligt die vollen Preise, die nach unseren inländischen Monopolspreisen möglich erscheinen, und macht damit den fiskalischen Zweck des Monopols für die Einfuhrmenge illusorisch. Es ist aber auch noch eine dritte Eventualität möglich, nämlich diejenige, daß unserem Einfuhrmonopol — wie wir es ja schon erlebt haben — Ausfuhrmonopole entgegengesetzt werden, was uns dann hinsichtlich der Ergänzung unserer Getreideversorgung von dem Wohlwollen der auswärtigen Exportstaaten abhängig machen würde. Nach welcher Richtung immer wir also diesen Gegenstand prüfen, kommen wir immer wieder nur zu dem Resultat, daß ein Getreidemonopol nach dem Kriege vielleicht technisch, aber keinesfalls sozialpolitisch, volkswirtschaftlich und handelspolitisch durchführbar ist und daß jeder Gesichtspunkt nur dafür spricht, daß der Handel nach der schweren Prüfung dieses Krieges wieder in seine Rechte eingesetzt werden muß.

Ist nun dieser Grundsatz unserer Auffassung nach unbedingt feststehend, dann bleibt nur die weitere Erwägung übrig, in welcher Weise sich der Uebergang zur Friedenswirtschaft vollziehen soll. Der Gedanke, das Getreidemonopol nach dem Kriege weiter bestehen zu lassen, wird zunächst mit der staatlichen Notwendigkeit größerer Einnahmen begründet. Diese Begründung haben wir bereits untersucht und wenigstens für Ungarn schon aus dem Grunde nicht stichhaltig gefunden, weil das Monopol bei uns keinen genügenden Nutzen abwerfen könnte. Ist man aber trotzdem der Meinung, aus dem Getreide einen größeren Zuschuß zu den Lasten des Staates herauszuholen zu müssen, dann ist dieses Ziel durch Verbrauchsabgaben ungleich leichter, einfacher und sicherer zu erreichen, als durch eine Monopolorganisation mit einem ungeheuer schwerfälligen, überaus kostspieligen Apparat. Sieht man jedoch von dem fiskalischen Gesichtspunkt ab, dann ist gar kein Grund dafür wahrnehmbar, weshalb — es sei denn, daß man prinzipiell das Monopol haben will — die Getreidezentralen wie es der deutsche Unterstaatssekretär Michaelis meinübergangsweise noch auf Jahre hinaus nach dem Kriege beibehalten bleiben müßten. Wie es sich darin bezüglich der zahlreichen anderen Artikel verhält, welche gleichfalls Gegenstand der Tätigkeit derartigen Zentralisierungen während des Krieges gebildet haben, wollen wir dieser Stelle nicht erörtern. Es mag ja Artikel geben, denen der Ersatz der verbrauchten Vorräte und die Wiederauffüllung der Lager viel Zeit erfordern und die Schwierigkeiten bereiten werden. Das wird hauptsächlich für solche Artikel gelten, die nicht in regelmäßig wiederkehrenden Ernten gewonnen werden.

Mit Getreide sind wir dadurch, daß jede neue Ernte eine neue Situation schafft, beim Uebergang in die Friedenswirtschaft in ungleich günstigerer Situation. Sowohl die Vorratsbildung, als auch die Preisbildung vollzieht sich in jedem Jahre nach dem Ergebnisse der Ernte dieses Jahres immer wieder von neuem. Nun haben wir auch im Frieden, namentlich in den letzten Jahren vor dem Kriege, die uns leider gleichfalls einige ungünstige Ernten bescherten, wiederholt gesehen, wie unsere Bestände vor der Ernte in einer Weise erschöpft waren, daß fast der Eintritt einer Hungersnot befürchtet werden mußte und dann die ersten Anfunfte von neuem Getreide phantastische Preise erreichten. Das hat aber nicht verhindert, daß schon in den ersten Wochen der neuen Kampagne die vollständig normale Versorgung des Konsums zu vollständig normalen Preisen ohne Störung und ohne Reibung erzielt werden konnte. Daraus

ergibt sich, daß an sich rein sachlich, das heißt lediglich vom Standpunkt der Technik des Getreideverkehrs aus betrachtet, gar keine Veranlassung besteht, mit dem Aufhören des Krieges nicht auch die Kriegsorganisationen außer Funktion zu setzen. Nur der Umstand, daß außer den sachlichen Momenten auch andere allgemeine Erwägungen in Betracht kommen, macht die Frage zu einem erst zu lösenden Problem, das aber die Frage der klaglosen Ernährungsmöglichkeit unserer Bevölkerung in keiner Weise berührt.

Die erste und hauptsächlichste dieser Erwägungen betrifft die Valutafrage. Der Umstand, daß wir während dieser Kriegsjahre in der Hauptsache nur importieren konnten, ohne die Zahlungen für diese Importe durch den Erlös von Ausfuhrwaren kompensieren zu können, hat eine ziemlich Verschlechterung unserer Valuta zur Folge gehabt. Das ist übrigens nicht nur bei uns, sondern auch in allen übrigen kriegsführenden Staaten, wenn auch nicht im gleichen Verhältnis, der Fall. Natürlich besteht die Möglichkeit, daß die Disparität unseres Geldes noch weitere Fortschritte machen könnte, wenn der Handel nach dem Kriege sich unbehindert auf das ausländische Getreide werfen und durch unkontrollierten Einkauf fremder Zahlungsmittel oder Verkauf unserer Zahlungsmittel im Auslande die Kaufkraft unseres Geldes noch weiter verschlechtern würde. Indessen ist das nur scheinbar eine Gefahr, die mit dem freien Handel in Getreide zusammenhängt. Denn gleichviel ob wir nach Wiederherstellung des Friedens etwa erforderliches fremdes Getreide im Wege des freien Handels oder im Wege einer Monopolorganisation beschaffen, bezahlt muß es auf alle Fälle werden. Die Frage, auf welche Weise die Zahlungsmittel beschafft werden, braucht aber den freien Handel nicht zu behindern. In vielen Fällen wird es den Kaufleuten nicht nur möglich, sondern vielleicht sogar vorteilhaft sein, Warenbezüge durch gedeckte Kredite im Ausland ohne jedwede Valutentransaktion zu begleichen und damit die staatliche Regelung des Valutenverkehrs zu entlasten. Jedenfalls aber bleibt es dem Staat nach wie vor unbenommen, den Zahlungsverkehr mit dem Ausland, sei es durch Devisenzentralen, sei es durch andere erst zu schaffende Maßregeln, Vereinbarungen oder Organisationen so zu ordnen, wie es den Erfordernissen der Lage entspricht und die Sicherheit gegen unerwünschte Nebeneinwirkungen erfordert.

Die zweite der erwähnten Erwägungen betrifft die Transportmittel. Diese Frage ist für unsere Monarchie nicht nur aus dem von Herrn Direktor Ballin angegebenen Grunde die am wenigsten schwierige, sondern auch darum, weil es sich bei uns hauptsächlich um Importe aus den Balkanländern handeln wird, die, soweit sie nicht per Bahn kommen, den Weg donauaufwärts nehmen. Die Schwierigkeiten, die mit Bezug auf Schiffsraum nach dem Kriege bestehen werden, dürften die Donau im allergeringsten Maße berühren. Der Seeschiffsraum hat sich schon bisher bedeutend reduziert und wird bis zur Beendigung des Krieges vermutlich noch weitere Reduktionen erleiden. Es wird dadurch ein wachsendes Mißverhältnis zwischen der vorhandenen Tonnage und der zu erwartenden Bedarfsfrage entstehen. Dagegen kann man annehmen, daß der Laderaum auf der Donau, wo nicht so viel Schiffe vernichtet wurden und dafür auch vollständigerer Ersatz geschaffen werden konnte, bei Beendigung des Krieges keine wesentliche Verringerung erfahren haben wird. Es ist also zu erhoffen, daß die Getreidebezüge donauaufwärts auch nicht annähernd solchen Schwierigkeiten unterliegen werden, wie solche im Seeverkehr erwartet werden können.

Und dann noch ein Hauptargument. Die beiden im vorstehenden besprochenen Momente, die Valutafrage und die Transportfrage, würden im allgemeinen höchstens für Auslandsbezüge bestehen. Für den inländischen Verkehr kommt weder die eine, noch die andere Frage in Betracht. Es wäre also im allervorstufigsten Falle bloß zu entscheiden, ob und in welcher Form Importe aus dem Auslande innerhalb einer gewissen Zeit nach dem Kriege einer zentralen Regelung mit Hilfe des Handels vorbehalten bleiben sollen. Dabei wäre auch noch die Nebenfrage zu erörtern, ob Importe aus den besetzten Gebieten wie Rumänien und Serbien zu den Importen aus dem Auslande zu rechnen wären. Für diese Länder wäre wohl zu erwägen, ob nicht im Friedensvertrag solche Bedingungen vorgesehen werden können, welche das Getreide dieser Länder unserem Konsum sichern und dabei auch die Valutawchwierigkeiten beseitigen. Für unser Zollinland erscheint aber mit der Wiederkehr normaler Verhältnisse keine Beschränkung erforderlich.